



Illustrationen: Matthias Hovz für DIE ZEIT

Politiker treten aus Angst zurück, Autoren erhalten Morddrohungen, Feuerwehrleute und Lehrer werden eingeschüchtert. Das gehört inzwischen zum Alltag in Deutschland. Wer steckt hinter den Angriffen?

VON CHRISTIAN FUCHS, LUISA HOMMERICH, STEPHAN LEBERT, ALICIA LINDHOFF, YASSIN MUSHARBASH UND SIMON SCHRAMM

Nachdem Hartmut Ziebs, bis vor Kurzem Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, geschildert hat, warum er zurückgetreten ist, warum er einfach nicht mehr konnte, schaltet er sein Handy ein. Die Überwachungskamera seines Einfamilienhauses ist mit den Handys der Familie verbunden. Immer wenn sich auf dem Videobild ein Mensch zeigt, bekommt Ziebs eine Meldung. Er startet eine Aufnahme, festgehalten kurz vor Silvester. Ein Mann in Jogginghose geht auf dem Grundstück auf und ab, den Kopf in Richtung Haus gedreht, so als wolle er sich alles ganz genau ansehen, die Türen, die Fenster. Der Mann verschwindet, kommt aber mehrmals zurück. Das

erste Mal ist er um 13.32 Uhr zu sehen, das letzte Mal um 15.09 Uhr.

Der Staatsschutz habe den Vorfall sehr ernst genommen, sagt Ziebs. »Die ermitteln jetzt.« Ziebs wird nachdenklich. Er hat schon Wochen zuvor angekündigt, sein Amt niederzulegen, aber es ist noch nicht vorbei.

Er sagt: »Was macht der Kerl da? Menschenskind, ich bin Feuerwehrmann. Ich will doch helfen.«

Menschenskind. Eine neue Frage zieht durch Deutschland: Soll ich aufgeben, oder soll ich weitermachen, trotz aller Drohungen?

»Sie sind als Feuerwehrchef eine Schande und Zumutung, für jeden aufrichtigen Bürger«
 »Du Stück Scheiße gehörst täglich ausgepeitscht und ohne Schutzausrüstung als erster Mann ins Feuer gejagt.«

»Du widerliche Marionette, Du dummer Furz, verrecken sollst Du!!!«
 (Aus E-Mails an Hartmut Ziebs)

Hartmut Ziebs, der Feuerwehr-Chef, hat hingeschmissen. Genau wie Arnd Focke, SPD-Bürgermeister der niedersächsischen Gemeinde Estorf. Hakenkreuze, Morddrohungen, irgendwann wurde es ihm zu viel. Eine der letzten Drohungen hieß: »Wir vergasen dich wie die Antifa.«

Der Bürgermeister des niederrheinischen Städtchens Kamp-Lintfort, Christoph Landscheidt, SPD, hat sich entschieden, anders auf die Drohungen zu antworten: Er will nicht aufgeben, sondern aufrütteln. Also kündigte er an, vor Gericht zu ziehen, um sein Recht auf einen Waffenschein einzuklagen. Die

Meldung verbreitete sich schnell. Die Klage hat Landscheidt inzwischen wieder zurückgezogen – sein Ziel, eine Debatte auszulösen, hatte er ja erreicht. Landscheidt strebt eine weitere Amtszeit als Bürgermeister an. Er hat jetzt zwar keine Waffe, dafür Personenschutz.

Auch der Bundestagsabgeordnete Karamba Diaby, dessen Wahlkreis in Halle liegt und dessen Bürofenster vor zwei Wochen von mehreren Kugeln zerschossen wurde, will nicht zurückweichen. Obwohl es nicht der erste Angriff auf sein Büro war und er nach den Schüssen noch eine zusätzliche Morddrohung bekam, will er seine politische Arbeit fortsetzen. Diaby ist Integrationsbeauftragter der SPD-Bundestagsfraktion.

Fortsetzung auf Seite 16

Wellen des Hasses Fortsetzung von Seite 15

Die Absender der Drohungen sind in der Regel anonym, es besteht aber kein Zweifel daran, aus welcher Ecke die allermeisten von ihnen kommen. Sicher, es gibt auch Drohungen von Linken und von Islamisten, doch 75 Jahre nach Kriegsende hat sich in der Bundesrepublik eine Bedrohungskultur entwickelt, die vom deutschen Volk schwärmt und von Volksverrättern spricht. Es geht wieder um Begriffe wie Nation, Identität, Schädlinge, um Leben, das angeblich mehr wert ist als anderes Leben. Es geht gegen Minderheiten, gegen Ausländer, gegen Flüchtlinge und gegen Menschen, die sich für Ausländer und Flüchtlinge engagieren. Es geht gegen Menschen, die sich der Gefahr von rechts entgegenstellen. Manchmal reicht schon ein Gesicht als Auslöser – weshalb wir in diesem Dossier davon abgesehen haben, die bedrohten Personen im Bild zu zeigen.

»Wir werden Dir mit einem schönen scharfen Messer ein Kreuz in Dein Gesicht ritzen. So wegen Hakenkreuz, du verstehst schon. Anschließend werden wir Dir Dein heuchlerisches Grinsen aus der Fresse schneiden. Du wirst sehen, ob Du ohne Lippen dann immer noch Lust hast, zu grinsen. Und dann werden wir Deine Wampe aufschneiden. Langsam, Zentimeter für Zentimeter ...«
(Aus einer E-Mail an den SPD-Bundestagsabgeordneten Michael Roth vom 24. Oktober 2019)
»Schon in naher Zukunft werden Sie zusammen mit dem anderen Kanacken-Dreck in die Lager wandern«
(Aus einer E-Mail an Kazim Abaci, Mitglied der SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, vom 24. Januar 2020)
»Volksverräter«
(Parole, in der Nacht zum 16. Januar 2020 in München an das Fenster des CSU-Bürgerbüros der Abgeordneten Stephan Pilsinger und Josef Schmid gesprüht)
»Wir kriegen euch«
»Sieg der NSDAP«
(Parolen, am 26. oder 27. Oktober 2019 in Leipzig an das Bürofenster des Linken-Bundestagsabgeordneten Sören Pellmann geschrieben)

Für manche Politiker gehören Morddrohungen fast schon zum Alltag, etwa für Claudia Roth, Cem Özdemir und Robert Habeck von den Grünen oder für Sawsan Chebli und Ralf Stegner von der SPD. Auch Künstler wie der Pianist Igor Levit werden inzwischen mit dem Tod bedroht, weil sie sich gegen rechts positioniert haben. Ebenso der Satiriker Schlecky Silberstein und die Fernsehmoderatorin Dunja Hayali. Die Liste ließe sich beliebig verlängern. Oft geht es auch gegen Autoren, die davon abgebracht werden sollen, zu schreiben, wie sie bisher geschrieben haben.
Zum Beispiel Margarete Stokowski, eine der bekanntesten Feministinnen des Landes. Das Treffen mit ihr findet in einem Berliner Café statt, und mehr kann man über den Ort auch schon nicht schreiben, weil die Leute, die sie hasen, sich an solchen Details orientieren könnten. Stokowskis Bücher sind Bestseller, ihre Kolumne auf *Spiegel.de* wird viel beachtet – leider, könnte man fast sagen. Sie bekommt seit Jahren unzählige Beleidigungen und Drohungen, ohne Security macht sie keine Lesungen mehr.

»Du rotes Stück Scheiße gehörst so verprügelt, dass du nie mehr schreiben und deinen versifften sozialistischen scheiß verbreiten kannst.«
»Du verdammtes Stück Dreck bist bald fällig.«
»Du Schlampe gehörst erschossen.«
(Facebook-Nachrichten an Margarete Stokowski)

Stokowski konnte herausfinden, wer der Mann war, der diese Sätze geschrieben hatte, und zeigte ihn an. Die Staatsanwaltschaft ermittelte »wegen des Verdachts auf Beleidigung« – und stellte das Verfahren ein. Begründung: Der Absender sei unbescholten und lebe im Ausland, eine Strafverfolgung sei nicht im öffentlichen Interesse.
Im vergangenen November erhielt Margarete Stokowski den renommierten Kurt-Tucholsky-Preis für literarische Publizistik, in ihrer Dankesrede sagte sie: »Ich würde gerne glauben, dass es ein öffentliches Interesse gibt, dass Autorinnen Texte schreiben können, ohne erklärt zu kriegen, sie sollten verprügelt, erschossen und verbrannt werden. Das scheint mir nicht zu viel verlangt.«
Es sieht so aus, als könne inzwischen fast jeder ins Fadenkreuz des Hasses geraten. Auch der Ratspräsident der Evangelischen Kirche, Heinrich Bedford-Strohm, und Siemens-Chef Joe Kaeser erhielten Morddrohungen. Journalisten werden in ihrer Arbeit behindert – nur weil sie Journalisten sind und über Rechtsradikalismus in Deutschland berichten. Lehrer müssen mit wütenden Reaktionen rechnen, wenn sie Themen wie Islam oder Rassismus im Unterricht behandeln.
Hartmut Ziebs wurde allein deshalb bedroht, weil er ein aufmerksamer Bürger und Feuerwehrmann sein wollte. Vier Jahre war der heute 60-jährige Ziebs ehrenamtlicher Präsident des Deutschen Feuerwehrverbands. Er sitzt in schwarzer Stoffhose mit korrekt gescheitelten grauen Haaren im ersten Stock des Verbandshauses der Feuerwehr Nordrhein-Westfalen in Wuppertal – nicht weit von hier hat er als 18-Jähriger einst bei der Freiwilligen Feuerwehr begonnen, hauptberuflich ist er heute Ingenieur und Unternehmer.

Ziebs erzählt, weshalb er an den Hass-Pranger gestellt wurde, zwei Sachen waren es. Zum einen hatte er eine Frau mit türkischen Wurzeln als Bundesgeschäftsführerin des Verbandes eingestellt. Zum anderen hatte er Stellung gegen rechtsradikales Treiben in der AfD bezogen – und vor rechtswidrigen Tendenzen in der Feuerwehr gewarnt. Diese Warnung sei der entscheidende Moment gewesen, sagt Ziebs.
Der Sturm begann mit fünf bis zehn Mails, täglich. Erst sei es eher harmlos gewesen: So ein Vogel habe bei der Feuerwehr nichts zu suchen. Dann rauer: »Hau ab mit deiner Türkin!« Dann kamen die Todesdrohungen.
Die Polizei war schon eingeschaltet, als Ziebs daheim einen Brief erhielt, vorn auf dem Kuvert ein Buchstabe im Stil der SS-Runen, darin ein Pulver, möglicherweise Rattengift.
Am Ende, sagt Ziebs, sei er auch deshalb zurückgetreten, weil angesichts der Drohungen von den Kollegen nicht ausreichend Unterstützung gekommen sei.
Auch der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke hatte wiederholt Todesdrohungen erhalten, bis er im Juni vergangenen Jahres tatsächlich erschossen wurde – mutmaßlich von einem offenen Rechtsextremen. Die Betroffenheit war groß, aber neben der Erschütterung war da auch die Hoffnung, dass dieses schreckliche Ereignis auch die rechte Szene schockieren und damit beruhigen könnte. Das Gegenteil trat ein. Die Drohungen wurden noch dreister, noch gefährlicher, denn jetzt kam dieser Satz hinzu: Du wirst der

Nächste sein.
Die Bildungsstätte Anne Frank liegt in einer der weniger schönen Seitenstraßen von Frankfurt am Main. Hier arbeitet Meron Mendel, Jahrgang 1976, seit fast zehn Jahren Leiter der Einrichtung. Ein schmal, witziger Mann, der in Israel aufgewachsen ist, deutsche Geschichte und Pädagogik studiert hat und erst mit Mitte zwanzig nach Deutschland kam. Ein Hauch von Akzent ist seinem perfekten Deutsch geblieben. Hinter ihm an der Wand hängt ein Cover der Satirezeitschrift *Titanic*. »Schrecklicher Verdacht: War Hitler Antisemit?«
Die Bildungsstätte will laut Eigenbeschreibung junge Menschen bei der aktiven Teilhabe an einer offenen Demokratie stärken. Kein sonderlich provokantes Anliegen. Aber Anne Frank war eben Jüdin. Auch Mendel ist Jude. Er sagt, er habe »einen ganzen Schrank voll mit Hassbriefen«, das hat in seinem Leben in Deutschland immer dazugehört, daran hat er sich längst gewöhnt.
Dann aber veränderte sich Mendels Situation dramatisch, und das hat mit der Politikerin Erika Steinbach zu tun, die 27 Jahre für die CDU im Bundestag saß und Sprecherin der Fraktion für Menschenrechte und Humanität war. 2017 trat sie aus Protest gegen die Flüchtlingspolitik Angela Merks aus der Partei aus, 2018 wurde sie Vorsitzende der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung. Der Streit zwischen Mendel und Steinbach begann damit, dass Mendel einen offenen Brief an Innenminister Seehofer mitorganisierte, in dem hochrangige Wissenschaftler forderten, dass diese »geschichtsrevisionistische« Stiftung keine weiteren staatlichen Zuschüsse erhalten solle.

Mendel erzählt, Steinbach habe daraufhin den Kontakt mit ihm gesucht, sie hätten sich im Oktober 2018 in seinem Büro getroffen und miteinander gesprochen, »zivilisiert und freundlich«. Steinbach habe in dem Gespräch darauf hingewiesen, dass viele hochgebildete Menschen ihre Stiftung unterstützten, Professoren, Ärzte, Rechtsanwälte. Woraufhin er, Mendel, erwidert habe, dass Bildung kein Schutz vor Barbarei sei, mit dem Hinweis auf einen Massenmörder wie den KZ-Arzt Josef Mengele. Es sei in dem Gespräch, sagt Mendel, dann noch am Rande um die Gruppierung »Juden in der AfD« (deren Vorsitzende eine Ärztin ist) gegangen, danach habe man das Treffen ohne jede Zuspitzung beendet.
Einige Wochen später schrieb Erika Steinbach, nachdem Mendel erneut die Desiderius-Erasmus-Stiftung kritisiert hatte, auf Twitter, Mendel habe eine AfD-Politikerin mit Mengele verglichen. Die genaue Formulierung ließ Mendel per einstweiliger Verfügung verbieten, es kam zu einem Gerichtsverfahren, das mit folgendem Vergleich endete: Es sei alles ein Missverständnis gewesen, unerschrocken, aber nicht weiter aufregend.
Während des Verfahrens jedoch hatte Steinbach auf ihren Social-Media-Kanälen Gerichtsunterlagen veröffentlicht, auf denen Mendels Pri-

ben, als sie merkten, welcher Stand sich da neben ihnen befand.« Es kam zu Pöbeleien und Beschimpfungen, Mitarbeiter der Anne-Frank-Bildungsstätte wurden als »ausländisch« beleidigt, Publikationen mit rassistischen Stickern beklebt. Dazu: Tausende von Hassmails und -kommentaren auf Twitter und Facebook.

Es ist ein System zu erkennen. Weit rechts stehende Politiker führen Diskussionen gern mit der Behauptung, dass man vieles in diesem Land nicht mehr sagen dürfe, dass es ihnen in erster Linie um das Aufbrechen der Konsens-Gesellschaft gehe, um eine Verbreiterung der politischen Debatte. Doch zu dieser äußerlich zivilisierten Seite rechter Politik gehört ein Heer anonymer Hölle hunde, die vor nichts zurückschrecken und jederzeit von der Leine gelassen werden können.
Offiziell distanziert man sich von den Hetzern. Auch Erika Steinbach verurteilte die Drohungen gegen Meron Mendel – und hatte sie doch in dieser Form erst möglich gemacht.
Im vergangenen November entstand im Bundeskriminalamt (BKA) ein vertrauliches Papier mit dem Titel *Politisch motivierte Kriminalität – rechts – und Hasskriminalität*. Es liegt der ZEIT als Entwurf vor und schildert, wie die Ermittler die aktuellen Entwicklungen einschätzen. »Erleichtert und beschleunigt durch soziale Medien und das Internet allgemein«, schreiben die Autoren in einer für das BKA ungewöhnlich dramatischen Sprache, »besteht die Gefahr der

Entwicklung eines gesellschaftlichen Klimas, in dem radikale Einstellungen, Hetze oder gar Befürwortung von Gewalt als zunehmend hinnehmbar oder gar mehrheitsfähig erscheinen.«
Laut BKA hat sich die Anzahl der Fälle von Hasskriminalität im Internet seit 2014 nahezu verdoppelt – und das sind nur die Fälle, die dem BKA bekannt wurden. Die Zunahme geht vor allem auf das Konto von Rechten. In dem Bericht heißt es: »Das Internet ist inzwischen die zentrale Diskussions- und Mobilisierungsplattform für Rechtsextremisten.«
Das Fazit der Ermittler: Nein, es sind nicht nur Einzelfälle. Ja, es gibt ein systematisches Problem.
Das Verbreiten von Hass gehört in Deutschland also inzwischen zum Alltag. Aber wer genau ist es, der da andere Menschen beschimpft und beleidigt und ihnen mit dem Tod droht?
Wie nahe kann man den deutschen Hasspredigern kommen?
Ein weiß verputztes Haus mit dunklen Schindeln in einem beschaulichen, etwas in die Jahre gekommenen Wohngebiet am Rande von Heilbronn in Baden-Württemberg. Hier soll ein Mann wohnen, der sich im Internet Michael Mannheimer nennt und in Wahrheit Karl-Michael Merkle heißt.
Merkle betreibt ein Internet-Blog, in dem er unverhohlen dazu aufruft, in Deutschland »Widerstandsgruppen« zu bilden, »die zu allem fähig sind: Auch zur Liquidierung verbrecherischer Politiker und Journalisten«.
Beispielsweise fantasiert er davon, dass bestimmte Politiker, Gewerkschafter und Redakteure »ihrem verdienten Schicksal überantwortet«

werden: »Geht auf die Straßen! Greift zu den Waffen, wenn es keine anderen Mittel gibt!«
Merkle ist heute 65 Jahre alt, er hat ein Politik- und ein Medizinstudium abgebrochen, hat dann erfolgreich Geografie und Deutsch auf Lehramt studiert, allerdings nie eine Stelle als Lehrer angetreten. Diese Angaben machte er während eines Gerichtsverfahrens im Jahr 2013, bei dem er wegen Beleidigung eines Lokalpolitikers zu einer Geldstrafe verurteilt wurde. Damals sagte er aus, er habe jahrelang weltweit als Journalist gearbeitet, sei ein »Topspezialist für Buddhismus« und »einer der renommiertesten Islamkritiker Deutschlands und weltweit«. Über sein Blog erhalte er monatlich zwischen 100 und 400 Euro in Form von Spenden.
Merkle stand in Verbindung zu der in Teilen rechtsradikalen Partei »Die Freiheit«. Er tauchte bei Pegida-Veranstaltungen auf und darf laut Gerichtsurteilen als Neonazi bezeichnet werden.
Es besteht der Verdacht, dass Merkle die entscheidende Figur hinter einer seit neun Jahren bestehenden Internetseite namens »Nürnberg 2.0« ist. Auf dieser Website werden Namen unliebsamer Personen gesammelt, denen eines Tages der Prozess gemacht werden soll – in Anlehnung an die Kriegsverbrecher-Prozesse nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Todesstrafe soll angeblich nicht zum Tragen kommen. Aber die erfassten »Täter« sollen »zur Rechenschaft gezogen« werden für ihre Mitwirkung an der »systematischen und rechtswidrigen Islamisierung Deutschlands« und anderen vermeintlichen Verbrechen.
Ein Name auf der Liste war der des CDU-Politikers Walter Lübcke; nach dessen Ermordung wurde der Eintrag kommentarlos entfernt.
Wenn Karl-Michael Merkle der Betreiber dieser Seite ist, hätten wir darüber gern mit ihm gesprochen. Wir hätten ihn auch dazu befragt, warum fünf Kollegen und Kolleginnen von ZEIT und ZEIT ONLINE ebenfalls auf dieser Liste stehen, auch einer der Autoren dieses Artikels – als »Lügenjournalisten« oder »Füßsprecher für eine Gesinnungsdiktatur«. Auf E-Mail-Anfragen der ZEIT reagierte Merkle jedoch nicht. Vor Jahren hat er der *Heilbronner Stimme* gegenüber dementiert, hinter Nürnberg 2.0 zu stehen.
Allerdings gibt es eine dichte Indizienkette, die eine Verbindung zwischen Merkle und dem Projekt Nürnberg 2.0 nahelegt. Da ist zum einen ein Informant, mit dem die ZEIT ausführlich sprechen konnte. Der Mann war eng mit der rechten Szene verstrickt, in der Merkle seit einem Jahrzehnt verkehrt. Er kennt ihn gut – und sagt: »Er ist die treibende Kraft hinter Nürnberg 2.0.«
Da sind zum anderen Mitarbeiter einer deutschen Sicherheitsbehörde, die ebenfalls überzeugt sind, dass Merkle der Mann hinter der Namensliste ist. Und da ist schließlich die Tatsache, dass Merkle auf seinem Blog mehr als wohl jeder andere Vertreter der rechten Szene von der Notwendigkeit neuer Nürnberger Prozesse schreibt. Dem *stern* sagte er: »Die Verräter müssen tatsächlich vor ein Gericht geführt werden, wie in Nürnberg damals. Präventiv!«
Nürnberg 2.0 richtet sich in deutscher Sprache an deutsche Leser. Dennoch sind die deutschen Sicherheitsbehörden gegenüber dem Betreiber der Website weitgehend machtlos. Der Grund: Nürnberg 2.0 wird von einem Server im US-Bundesstaat Arizona aus betrieben. Zwar kann man sich bei dem sogenannten Hosting-Unternehmen, das gegen Geld den Server bereitstellt, beschweren, wenn einem die Internetseite nicht gefällt. Die Firma aber verspricht ihren Kunden, dass sie deren Daten »nur entsprechend dem, was wir für notwendig und angemessen erachten«, an Polizeibehörden weitergibt. Die Kunden dürfen sich sicher fühlen.
Am 16. August 2019 wandte sich das BKA nach Informationen der ZEIT mit einem »Löschersuchen« an das US-Unternehmen. Es geschah: nichts. Merkle hat vermutlich nicht einmal davon erfahren.
Die Adresse in Heilbronn, an der das weiße Haus steht, ist die letzte, unter der Karl-Michael Merkle in Deutschland gemeldet war. Ein Nachbar erinnert sich noch an ihn, sagt aber, er habe ihn seit etwa drei Jahren nicht mehr gesehen. Nach Informationen der ZEIT liegen mehrere Haftbefehle gegen Merkle vor, doch nach Einschätzung der Behörden ist Merkle untergetaucht. Ungarn? Panama? Über seinen Aufenthaltsort gibt es bloß Vermutungen.
Die Internetseite Nürnberg 2.0 ist nur ein Beispiel. Es gibt viele solcher Seiten, viele solcher Namenslisten, es gibt Tausende, Hunderte, vielleicht Tausende Menschen wie Karl-Michael Merkle.
Man kann die Täter in unterschiedliche Gruppen unterteilen. Da sind politische Aktivisten, die sich in Internetforen und Chatgruppen versammeln, eigene Seiten gestalten oder sich auf Computerspielformen wie Stream und Discord zu rechtsradikalen Troll-Armeen formieren. Mal sind es verkrachte Existenzen wie Karl-Michael Merkle, mal sind es Männer, die nach außen hin ein unauffälliges, bürgerliches Leben führen. Für sie alle ist das Netz der Kampfplatz für den »Infokrieg«, so nennen sie das selbst.
Sie organisieren Shitstorms oder sammeln Daten über Politiker und Journalisten. Manchmal nutzen sie diese Informationen, um ihre Gegner einzuschüchtern. Dann veröffentlichen sie im Netz zum Beispiel das Foto einer Haustür. Die Botschaft: Wir wissen, wo du wohnst.
In einer der größten bekannt gewordenen Communitys sollen sich zeitweise bis zu 8000 Personen



versammelt haben. Um noch mächtiger zu erscheinen, erstellen sie zahlreiche Fake-Profile. Haben solche Gruppen ein Opfer gefunden, ein Ziel identifiziert, beschießen sie es wie auf Knopfdruck mit Tweets, Facebook-Komentaren und E-Mails.

Andere Täter, meist junge Männer, arbeiten eher für sich, sie hacken sich in Facebook-Accounts und E-Mail-Postfächer ein, um Menschen auszuspiionieren. Ihre Informationen platzieren sie dann auf Internetseiten, die als eine Art Online-Pranger fungieren sollen. Im vergangenen Jahr wurden auf diese Weise Daten von Hunderten Politikern, Künstlern und anderen Prominenten öffentlich. Eine der Listen hieß »Wir kriegen euch alle«, die andere wurde nach dem Hacker benannt: »Orbit«, einem 20-jährigen Schüler aus der hessischen Kleinstadt Homberg.

Und dann gibt es da noch eine spezielle Gruppe von Hetzern. Sie docken an Diskussionen an, die von rechtslastigen, aber gerade noch dem bürgerlichen Lager zuzurechnenden öffentlichen Figuren angestoßen werden. Diese Hetzer begreifen solche Debatten als Aufforderung, noch ein bisschen weiter zu gehen. Sie verschärfen den Ton, bis es sich eben nicht mehr um eine Diskussion handelt, sondern um Hetze, um verbale Gewalt. Ein Beispiel dafür, wie so etwas abläuft, bietet erneut Erika Steinbach. Viermal kritisierte sie den kurze Zeit später geröteten CDU-Politiker Walter Lübcke in sozialen Medien. Mit ihrem Twitter-Profil erreicht Steinbach fast 90.000 Menschen. Als einige von ihnen unter Steinbachs Posts Bilder von Galgen und Waffen veröffentlichten, löschte sie ihre Einträge nicht.

Auf den Namenslisten der mutmaßlich von Karl-Michael Merkle erstellten Internetseite Nürnberg 2.0 findet sich unter dem Buchstaben M auch der Name Holger Münch, betitelt als »Statistikfälscher, Lügner und Volksverhetzer«.

An einem Tag Mitte Januar sitzt dieser Holger Münch, Präsident des Bundeskriminalamtes, in der Zentrale seiner Behörde in Wiesbaden in einem mit Wandmonitoren ausgestatteten Konferenzraum und spricht über Kinderpornografie. Es gibt da nämlich einige Gemeinsamkeiten mit der Hasskriminalität. Beides finden größtenteils im Internet statt, in beiden Fällen stehen die Ermittler vor der Herausforderung, zahllose Verdachtsfälle prüfen zu müssen.

Münch sagt, das BKA schaffe es inzwischen, pro Jahr 70.000 Hinweise auf im Internet veröffentlichte Abbildungen sexuellen Missbrauchs Minderjähriger zu bearbeiten. »Deswegen habe ich gefragt, wieso machen wir das nicht auch im Bereich Hasskriminalität so?«

Oft sind die staatlichen Behörden dafür kritisiert worden, nicht entschieden genug gegen den Hass und die Hetze vorzugehen. Die Bekämpfung der Kinderpornografie dagegen gilt als Erfolgsgeschichte der BKA. Das Amt zieht alle Verdachtsfälle an sich und ermittelt als Zentralstelle in Zusammenarbeit mit einer Schwerpunktsstaatsanwaltschaft. Der Vorteil: Expertise und Ressourcen werden gebündelt, die Strafverfolgung wird effektiver.

Eine vergleichbare Zentralstelle will Münch nun für Hasskriminalität einrichten, ausgestattet mit 200 Beamten. Auf drei Wegen sollen sie auf die Verdachtsfälle aufmerksam werden: durch eigene Beobachtungen im Internet, durch Anzeigen – und über die Betreiber großer Social-Media-Plattformen wie Twitter und Facebook, die nach dem Wunsch des BKA und der Bundesregierung

verpflichtet werden sollen, potenziell strafbare Einträge samt der IP-Adresse und den Stammdaten der Nutzer an das BKA weiterzugeben.

Münch sagt, der ewige Kreislauf von gegenseitiger Bestätigung und Verstärkung in den Echokammern des Internets könne zu Gewalt in der wirklichen, analogen Welt führen. Es gebe, so Münch, eine Formel, eine Art Dreisatz, der den Weg zur Gewalt erklären könne: Vom Unsagbaren zum Sagbaren, vom Sagbaren zum Machbaren.

Den Hetzern auf den großen Plattformen die Grenzen aufzuzeigen, wie es das BKA nun plant, wäre zweifellos ein Schritt nach vorn. Auch will die Bundesregierung Gewalttäter im Netz künftig strafrechtlich ächten. Und die Verleumdung von Lokalpolitikern soll genauso hart bestraft werden wie bisher nur die von Bundes- und Landespolitikern.

Doch wird das reichen?

Längst haben sich die Neuen Rechten ein eigenes Medienbiotop geschaffen. Mehr als 40 Magazine, Zeitungen, Podcasts und Blogs gehören dazu, die meisten in den vergangenen Jahren gegründet.

Eines der ältesten und erfolgreichsten dieser Blogs nennt sich *Politically Incorrect*, kurz *PI-News*. Ein Lehrer aus Bergisch Gladbach hat es vor 16 Jahren gestartet. Seitdem kämpfen die Autoren lautstark gegen den Islam, Migranten, das »menschenverachtende System« des investigativen Journalismus und neuerdings auch gegen den Klimaschutz. Mit einer Mischung aus Vorurteilen, Falschinformationen und Nachrichten über angebliche Verbrechen im Namen des Islams ist die Seite zu einem der größten deutschen Blogs angestiegen, *PI-News* ist eines der Stamm-Medien von Pegida und Teilen der AfD-Wählerschaft. Für Menschen, über die hier negativ berichtet wird, kann es im wirklichen Leben ziemlich unangenehm werden.

Die Uhlandsschule Wannweil ist eine kleine Grundschule in einem ebenfalls kleinen, friedlichen Ort in Baden-Württemberg. 5000 Einwohner, Einfamilienhäuser im Grünen, ein reges Vereinsleben. Man kennt sich.

Der Schulleiterin Beatrice Bantlin ist es wichtig, das zu erwähnen, denn es macht die Ereignisse, die an einem Freitagnachmittag im vergangenen März über ihre Schule hereingebrochen sind, für sie noch ein Stück schwerer zu fassen. Wie üblich ist Bantlin um diese Zeit allein im Büro, die Mitarbeiterinnen des Sekretariats sind längst nach Hause gegangen. Also ist sie es, die das Telefon bedient. Immer wieder klingelt es.

Bantlin versteht nicht ganz, was die Anrufer von ihr wollen, nur dass sie mehrfach aufgefordert wird, »disziplinarische Maßnahmen« gegen eine Religionslehrerin einzuleiten. Dann ploppen Mails in ihrem Postfach auf, Dutzende innerhalb von wenigen Stunden. Es geht um den Islam, um eine Klassenarbeit, um angebliche Indoktrination der Kinder. Auch von »Inquisition« und »Gehirnwäsche« ist die Rede. Manche Absender loben die AfD, schimpfen auf die CDU und die »Altparterien«.

Bantlin wird nicht schlau aus den Schreiben. Sie leitet die Mails an den Schulrat weiter und beschließt, die Schul-Homepage vorerst vom Netz zu nehmen. Zu spät, wie sich über das Wochenende herausstellt. Zwei Kolleginnen melden sich, beide haben auf ihren Privatrechnern ebenfalls Mails bekommen, an sie persönlich adressiert. Insgesamt

gehen allein in den folgenden zwei Tagen rund 150 E-Mails, Anrufe und Briefe bei der Schule und den Lehrerinnen ein.

Auch Beatrice Bantlin erhält zu Hause einen Brief – mit Poststempel aus dem 200 Kilometer entfernten München. Sie empfindet es als bedrohlich, dass offenbar ein Fremder in ihrem Privatleben herumschnüffelt. Bantlin telefoniert mit der Kriminalpolizei, dem Bürgermeister und dem Schulam, sie recherchiert im Internet – und beginnt langsam zu verstehen, in was ihre Schule da hineingeraten ist.

PI-News hat einen Beitrag über die Uhlandsschule veröffentlicht. »Unglaublich, aber wahr! Lehrerin unterzieht Schüler einem Islam-Gesinnungstest«, lautet die Schlagzeile.

Im dazugehörigen Artikel zeigt sich dann: Es geht um eine Religions-Klassenarbeit, die drei Jahre zuvor geschrieben worden war. Viertklässler sollten Fragen zu Islam und Judentum beantworten. Ein »erboster Vater« habe die Fragen abfotografiert und eingescannt, heißt es im Text – als Beispiel für die »Islam-Indoktrination an den Schulen«.

Der Artikel geht schnell viral, auf Facebook wird er mehr als 6500-mal geteilt, in den Kommentaren entlädt sich der Hass: Die verantwortliche Lehrerin wird als »ekelhaftes Sauweib« und »Schlampe« bezeichnet, es wird ironisch mit dem Gedanken gespielt, sie »einen Kxpf (sic) kürzer« zu machen.

Die Uhlandsschule ist bei Weitem nicht das einzige Opfer der Berichterstattung solcher selbst ernannter »alternativer Medien« wie *PI-News*. Auch Heinz-Peter Meidinger, Schulleiter eines Gymnasiums im niederbayerischen Deggendorf, hat damit Erfahrung gemacht.

Eine seiner Kolleginnen hatte mit ihren Schülern Weihnachtspakete für geflüchtete Kinder gepackt; ein missverständlicher Artikel in der Lokalzeitung erweckte den Eindruck, die Lehrerin würde Strafarbeiten an Schüler verteilen, die sich nicht an der Aktion beteiligten.

Auch diesen Fall griff *PI-News* auf. Die Folge: »Kübelweise kamen die unsäglichsten Mails und Faxe – und das fünf Tage lang«, sagt Meidinger. »Mehrere Menschen reichten anonym Dienstaufsichtsbeschwerden ein.«

Laut Meidinger, der auch Präsident des Deutschen Lehrerverbandes ist, sind solche orchestrierten Kampagnen gegen Schulen ein neues Phänomen: »Vor der Flüchtlingskrise 2015 und der extremen Polarisierung der Gesellschaft haben wir derart heftige Fälle nicht erlebt.«

Es gibt auch Erfolgsmeldungen. Am Montag dieser Woche erhob die Berliner Generalstaatsanwaltschaft Anklage gegen den 31 Jahre alten André M. Laut Anklageschrift soll er vom Dezember 2018 an unter dem Absender »Nationalsozialistische Offensive« Drohschreiben unter anderem an Bundestagsabgeordnete, Polizeidienststellen und Medien verschickt haben. In seinem Besitz fanden sich Anleitungen für den Bau von Sprengvorrichtungen. Insgesamt werden M. 107 Taten vorgeworfen. Er sitzt in Untersuchungshaft.

Nur einen Tag nach der Festnahme aber hatte die Generalstaatsanwaltschaft eine Mail erhalten, in der stand: »Wir werden alles daran setzen, dass es bald wieder Pogrome in diesem Land gibt und dass sich kein Jude, Moslem (...) oder auch linke Journalisten und Politiker sicher fühlen.«

Möglicherweise war der Absender ein Komplize und André M. kein Einzeltäter.



Mein Shitstorm

Wie ein Reporter der ZEIT beschimpft und bedroht wurde **VON CHRISTIAN FUCHS**

An jenem Freitagsmorgen vor über zwei Jahren ahnte ich nicht, dass ich wenig später in den Fokus der damals bestorganisierten Troll-Armee des Landes geraten sollte. Ich wusste nicht einmal, dass sie existierte.

Es begann, als ich auf Twitter über ein neues Jugendmagazin schrieb: »Mate-Test, Black Metall und Akt-Fotos: Die #Identitären haben jetzt auch eine #IBster-Bravo. Mit Alt-Right-Covergirl Brittany Pettibone.«

Ich beschäftige mich bei der *ZEIT* und bei *ZEIT ONLINE* viel mit Extremismus, der AfD und der rechtsextremen Identitären Bewegung (IB). Ich fand es interessant, dass rechte Aktivisten nun auch ein Hipster-Heft herausbringen.

Eine Stunde nachdem ich meinen Tweet veröffentlicht hatte, tauchten auf meinem Profil unzählige Kommentare von Personen auf, die sich dort noch nie zu Wort gemeldet hatten. Die Kommentatoren trugen kuriose Namen wie »Feuerifrit« und »Köterrasse Nr. 32«. Viele hatten kein Profilbild hinterlegt, manche schmückten sich mit Slogans der IB. Die meisten Kommentare waren diffamierend. Ich bin Kritik von rechten Aktivisten gewohnt, aber eine so massive Attacke hatte ich noch nicht erlebt.

Stunden später schickte mir ein anonymes Tipgebe ein Bildschirmfoto aus dem Forum einer Gaming-Plattform. Dort war ein Aufruf erschienen, der »Tagesbefehl vom 1. Dezember«. Der Befehl lautete, »volle konstruktive Kritik« gegen meinen Tweet zu »feuern«.

Jetzt wusste ich, woher die vielen Besucher auf meinem Twitter-Profil kamen. Ein »Oberbefehlshaber« hatte die Weisung gegeben, Hunderte Trolle folgten. Recherchen zeigten später, dass diese Troll-Armee vor allem aus jungen Männern der rechten YouTube-Szene bestand, aus Computerspiel-Nerds sowie Mitgliedern der AfD-Jugendorganisation und der IB. Die Troll-Armee hat sich inzwischen aufgelöst, aber es gibt neue, ähnliche Gruppen.

Shitstorms, so denkt man, entstehen plötzlich, sie sind spontan, zufällig. Heute weiß ich: Manchmal sind sie geplant und gesteuert. Mittlerweile gehören solche virtuellen Hetzkampagnen für Reporter zum Alltag. Sie sind ein Berufsrisiko geworden, wie die Staublungbe für Bergarbeiter.

Nachdem ich im Februar 2019 gemeinsam mit drei Kollegen im *ZEITmagazin* einen Text über ein rechtsextremes Handwerkeretzwerk geschrieben hatte, wurde mein Twitter-Profil innerhalb weniger Stunden von mehr als 300 größtenteils beleidigenden oder einschüchternden Nachrichten geflutet. »Unsere Zeit

kommt bald. Und dann kennen wir die Klarnamen«, schrieb der Nutzer »merdeux«. Der User »DerPatriot« warnte: »Dann wundern sie sich nicht falls sie später einmal in ein »Lager« kommen«. Während ich in einer Talkrunde saß, dem *ARD-Presseclub*, ging auf Twitter eine Morddrohung gegen den Moderator sowie gegen mich und weitere Studiogäste ein, verfasst von einem damaligen AfD-Mitglied, das bedauerte, dass die Rechtsterroristen der Gruppe »Revolution Chemnitz« aufgefliegen seien, »bevor sie Journalisten wie Sie abknallen konnten ... Wirklich schade.«

Eineige Monate später veröffentlichte ich mit meinem Kollegen Paul Middelhoff das Buch *Das Netzwerk der Neuen Rechten*. Es geht darin um Strukturen, Strategien und Finanziere der Szene. Per Mail erhielten wir Morddrohungen.

Parallel gingen bei der *ZEIT*-Chefredaktion und dem Verleger des Buchs Beschwerden ein, ihre Autoren – wir – hätten das journalistische Handwerk wohl in Nordkorea gelernt. So und ähnlich äußerten sich einige rechtskonservative Publizisten auch in ihren Blogs, auf Facebook und Twitter.

Auf der Website zu unserem Buch hatten wir eine Karte veröffentlicht, auf der zu erkennen war, in welchen Städten rechte Organisationen ihren Sitz haben. Die Karte basierte ausschließlich auf öffentlich zugänglichen Daten, und es ging nicht um private Adressen.

David Berger aber, Herausgeber eines rechten Internet-Portals, drohte damit, als Replik auf diese Karte die »Wohn- und Party-Orte der beiden Buchautoren« zu publizieren, und regte an, mir bei Lesungen einen »Besuch« abzustatten. Ein Leser darauf: »Es müsste auch jemand zu diesen Herrschaften fahren und ihnen das Gefühl geben, dass sie nicht alleine sind in diesem kalten, gleichgültigen Universum.«

Seit einiger Zeit haben mein Kollege und ich die Sicherheitstechnik in unseren Privatwohnungen aufgerüstet und unsere Adressen amtlich sperren lassen. Bei öffentlichen Auftritten erhalten wir Personenschutz. Das Bundesjustizministerium hat mich – wie auch Schriftsteller, Anwälte sowie einen Rabbiner, denen Ähnliches widerfahren ist – zu Gesprächen darüber eingeladen, wie man uns durch gesetzgeberische Maßnahmen besser vor Angriffen schützen könnte.

Vor ein paar Wochen, bei einer Lesung im sächsischen Döbeln, schaffte es ein vorbestrafter Neonazi in meine Nähe. Als die Veranstalter ihn entdeckten, wurde er handgreiflich. Dann kam, zum Glück, die Polizei.

ANZEIGE

ZEIT.DE/PINNWAND

Bücher

Die kosmischen Lehren des Jesus von Nazareth

Was lehrte Jesus im inneren Kreis Seiner Jünger wirklich? Christoffenbarung, 896 S., ISBN 9783892015857, Euro 34,90
www.gabriele-verlag.com

Delikatessen

Presshonig - direkt von Imker
für Kenner und Gourmets
www.honigpresse.de

Design

Wertvolles frz. Porzellan
»Limoges« Design Singapur abzugeben. Kaum benutzt – fast neuwertig: 0171/3543465

Ernährung

Vom Anbau bis zum Kunden - alles aus einer Hand!

Ehrliche Lebensmittel von unserem gesunden Land - darin liegt Ihr Vertrauen.
www.LebeGesund.de

Für Ihre Manuskripte

www.novumverlag.com

novum publishing gmbh
Radtkoferstr. 2, 81373 München

Garten

Angebot zum Saisonstart 4 für 3

Jetzt noch bis Ende Februar:
Vier Sessel abholen und nur 3 bezahlen
Ohechaussee 20, 22848 Norderstedt
www.meyers-muehle-gartenmoebel.de

ALBRECHT HOCH PFLANZENVERSAND
Blumenzwiebeln und Stauden
www.albrechthoch.de

Geschenkideen

Blumen für die Liebsten! Infinity Rosen Schenken

Bei Rosemarie Schulz finden Sie Blumen die lange halten und bis zu 3 Jahre blühen! Tel. 06221 161606
www.rosemarie-schulz.eu

Gesundheit

Authentischer Ayurveda Indische Ayurveda-Arztin

+ Indische Therapeuten i.d.Bayer.Rhön
im 4****Kunzmann's Hotel,T..09708-780
www.ayurveda-deutschland.org
www.kunzmanns.de

Internet

Hilfreiche Tipps im Netz!
von A bis Z unter
www.zeit.de/pinnwand

Kulturreisen

».....WO DER URLAUB zum Gedicht wird.....«
Tel.: 0711 / 2367813
www.literaturferien.de

Kunst & Antiquitäten

RESTAURIEREN - REPARIEREN
von Glas-Porzellan-Keramik
www.dieporzellanwerkstatt.de

Nachhilfe

NACHHILFE ONLINE BUNDESWEIT
IN LATEIN UND DEUTSCH
www.lateinzeit.jimdo.com

Naturheilkunde

AYURVEDA - WELLNESS & MEDIZIN
Artikel, Videos, Branchenchurch
www.ayurveda-portal.de

Online Shopping

Unterwäsche in riesiger Auswahl
+ extralang + Übergrößen
www.HERMKO.de

Kontakt für Anzeigenkunden:
www.zeit.de/inserieren · Tel. 030 / 260 68 530

Faire Sportkleidung

weniger Plastik in Küche/Bad
www.pangolino.de

Kataloge kostenlos bestellen!
Stöbern Sie in Angeboten aus Mode, Reise, Design&Kulinarik
www.zeit.de/kataloge

Psychologie

ONLINE-THERAPEUTENSUCHE
und Psychotherapie-Portal
von pro psychotherapie e.V.
www.therapie.de

Reisen

NORDWIND REISEN - Island Grönland - Spitzbergen

Ihr Erlebnisreisepespezialist
Katalog kostenlos anfordern:
Telefon +49 8331 87073
www.nordwindreisen.de

Sport & Freizeit

Segelnachrichten von Seglern für Segler

www.webandsail.de

Training & Coaching

Kompaktseminare für die Arbeit mit Menschen -
www.gk-quest.de/seminare

Verlage

Wissen zum Hören: Geschichte, Literatur, Philosophie bei
www.auditorium-maximum.de

Weine & Spirituosen

www.Wein-Ankauf.de

Wir kaufen Ihre Weine, Champagner & Spirituosen zu Höchstpreisen an!
Tel. 02464-9798-355, Fax - 707
info@wein-ankauf.de

9 - GENERATIONEN WEINBAU
Weingut Adam Müller Leimen
www.weingut-adam-mueller.de

AUSGESUCHTE WEINE, CHAMPAGNER
Edle Spirituosen & Geschenke.
www.bremer-weinkolleg.de

DIE Online Weinhandlung
für charakterstarke Weine.
www.bio-wein-online.com

KÖSTLICHES AUS DEM SÜDEN
mediterrane Weine u. Feinkost
www.bodega-andaluzza.com

Kontakt für Anzeigenkunden

030 / 260 68 530

TVM GmbH, Ihr Ansprechpartner für Beratung und Verkauf.

ZEIT.DE/AUKTION

Startpreis: Ab 50% unter Listenpreis Laufzeit nur 10 Tage

Burgenerländer Weingrau ROT

Unser Degu-Paket von einem der führenden Betriebe Österreichs bietet Ihnen eine Auswahl von 12 Flaschen Wein zum probieren: 2 FL. ZANTHO Zweigelt 2018 2 FL. ZANTHO Blaufränkisch 2018 2 FL. ZANTHO Sankt Laurent 2017 2 FL. ZANTHO Pinot Noir 2015 2 FL. ZANTHO Zweigelt Reserve 2017 2 FL. ZANTHO Sankt Laurent Reserve 2017 Mit diesem Paket sind Sie für jeden Anlass gerüstet!

Ladenpreis € 128,00	Startpreis € 64,00
Online-ID 3741	Verfügbarkeit 6x



Burgenerländer Weingrau WEISS

Unser Degu-Paket von einem der führenden Betriebe Österreichs bietet Ihnen eine Auswahl von 12 Flaschen Wein zum probieren: 3 FL. ZANTHO Grüner Veltliner 2019 3 FL. ZANTHO Welschriesling 2019 3 FL. ZANTHO Muskat Ottonel 2019 3 FL. ZANTHO Sauvignon Blanc 2019. Mit diesem Paket sind Sie für jeden Anlass gerüstet!

Ladenpreis € 98,00	Startpreis € 49,00
Verfügbarkeit 6x	Online-ID 3747



Anbieter:
ZANTHO
www.zantho.com

